

Vor-Ort-Termin in Schwetzingen - Landtagskandidaten Daniel Born (SPD), Dr. Andre Baumann (Grüne) und Andreas Sturm (CDU) erklären ihre Positionen

Landtagskandidaten: Alle wollen den Bahnlärm reduzieren

Bei einem gemeinsamen Termin haben die Landtagskandidaten von CDU, SPD und Grünen ihre Positionen zum Thema Bahnlärm in Schwetzingen erklärt.



Dr. Andre Baumann (v. l.), Sabine Walter, Rita Erny, Lothar Gotthardt, Herbert Brenner, Daniel Born und Andreas Sturm beim Treffen im Bahnhof. © Lenhardt

Schwetzingen. Die Güterzüge, die am Sonntagnachmittag langsam durch den Bahnhof fahren, sind fast genau so leise wie die neuen S-Bahnen. Das ist aber nicht immer so, das wissen vor allem die Anwohner. „Über 40 000 Zugbewegungen jeweils im Nah- und Fernverkehr sowie im Güterverkehr, alle vier Minuten ein Zug“, klagt Herbert Brenner, der Vorsitzende der Bürgerinitiative gegen Bahnlärm (BgB) und begrüßt zusammen mit seinen Vorstandskollegen Sabine Walter, Rita Erny, Jürgen Raubenheimer und Dieter Goldschalt die Landtagskandidaten Daniel Born (SPD), Dr. Andre Baumann (Grüne) und Andreas Sturm (CDU). Von der Bürgerinitiative Stille Schiene (BISS) Hockenheim waren Lothar Gotthardt und Konrad Sommer zum Treffen am Bahnsteig gekommen.

Die drei Kandidaten des Wahlkreises 40 hätten sich für das Thema Bahnlärm interessiert und den Kontakt gesucht, meinte Brenner. Am 23. März werde der Verein beim ersten begleitenden Workshop vertreten sein: „Wir wollen die aktuellen Lärmprobleme endlich gelöst haben, bitte vergessen Sie den Schutz der Menschen nicht.“

„Lärm macht krank. Darum muss er reduziert werden“, meinte Dr. Andre Baumann. Eine der wichtigsten Aufgaben der Politik in den nächsten fünf Jahren werde sein, „dass die neue Güterbahnstrecke Mannheim – Karlsruhe menschen- und naturverträglich gebaut wird“. Er werde sich dafür einsetzen, dass der Bahnlärm verringert wird: „Mehr Gleise, aber weniger Lärm – das muss das Motto sein.“ Die Güterbahnstrecke von Genua bis Rotterdam sei fast komplett ausgebaut, jetzt komme noch der Lückenschluss zwischen Mannheim und Karlsruhe hinzu. „Die Verkehrswende darf nicht auf Kosten der Menschen erfolgen“, erklärte der Grünen-Politiker. Möglicherweise brauche man einen Tunnel, auch wenn diese Variante teuer werde.

Bahnlärm müsse auch an bestehenden Strecken reduziert werden. Dazu bedürfe es einer Änderung des Rechts: „Wir brauchen eine Gesamtlärbetrachtung im Immissionsschutzrecht und es müssen auch die Lärmgrenzwerte abgesenkt werden.“ Die Grünen hätten den Lärmschutz in der Landespolitik gestärkt, auch durch die Schaffung der Stelle eines Lärmschutzbeauftragten: „Wir brauchen aber auch eine Bundesregierung, die das ebenfalls ernst nimmt.“

CDU-Landtagskandidat Andreas Sturm plädierte für „weniger Bahnlärm bei gleichzeitig mehr Bahnverkehr“. Ihm gefalle der pragmatische und lösungsorientierte Ansatz der BgB, nicht gegen die Bahn zu sein, sondern den Lärm mindern zu wollen. Es gehe um die Beseitigung der Lärmschwerpunkte, dies könne man anhand von Schutzrichtwerten ablesen. Ein Wall als Maßnahme funktioniere nicht immer, „da der Lärm irgendwo wieder herunterfällt“, berichtete Sturm aus seiner Heimatgemeinde Neulußheim. Die Verlegung der Bahnstrecke, entweder durch eine Umfahrung oder durch eine Untertunnelung müsse ebenfalls geprüft werden. Hierbei gebe es natürlich bestimmt Widerstand, aber das sei wohl einer der Wege, das Thema effektiv anzugehen: „Das entspricht auch der Resolution der Bürgermeister, die klare und unterstützenswerte Ziele formuliert haben.“

SPD-Landtagsabgeordneter Daniel Born verwies auf eine Studie des Gesundheitsökonomen Professor Eberhard Greiser von 2015, wonach allein entlang des deutschen Teils der Bahn-Transversale bis 2025 mit etwa 75 000 Erkrankten und bis zu 30 000 Todesopfern des dort erzeugten Lärms gerechnet werden müsse: „Diese Studie wurde von staatlichen Stellen in Deutschland nie anerkannt.“ Born forderte seitens der Politik die Finanzierung einer Studie zu den gesundheitlichen Folgen des Lärms, mit dem Schwerpunkt Güterverkehr, die sofortige Angleichung der Lärmschutzrechte Betroffener an Bestandsstrecken mit denen an Neubaustrecken und die Verwendung adäquater Prognosen für die Planung von Neu- und Ausbaustrecken im Bahnverkehr. Für ihn als Landespolitiker sei es „völlig inakzeptabel, dass die Bahn die Hockenheimer Stadtverwaltung dazu zwingt, Verpflichtungen, die sowohl als Vertrag als auch als Bestandteil eines Planfeststellungsbescheids aus dem Jahr 1981 eineindeutig dokumentiert wurden, seit Jahren gerichtlich einzuklagen. Dieser Vorgang hat für viele Hockenheimer das Vertrauen in die Seriosität der Bahn zutiefst erschüttert.“

Bürgerinitiativen machen weiter

Es dürfe nicht aus ideologischen Gründen einen besseren und schlechteren Lärm geben, „denn Lärm macht immer krank“, kritisierte Born den Lärmschutzbeauftragten der Landesregierung, Thomas Marwein, der bei einer Rede im Landtag nicht ein einziges Mal den Begriff „Bahnlärm“ erwähnt habe. Baumann konterte den Vorwurf gegen den Grünen. Der Lärmschutzbeauftragte sei bei der Tunnellösung in Offenburg an vorderster Front dabei: „Entscheidend sind Taten, nicht Worte.“ Baumann widersprach auch Sturm, dass Bürger beim Thema Bahnlärm nicht auf Augenhöhe beteiligt würden. Bürger aus allen Orten müssten mit einbezogen werden. „Die Forderungen der Bürgerinitiativen wurden von der Resolution der Bürgermeister vor Ort unterstützt und nun müssen dafür Machbarkeitsstudien und Gutachten erstellt werden. Es ist klar, was getan werden muss, wir müssen nun schauen wie viel das kostet und was davon möglich ist“, bekräftigte Sturm.

„Es wird stümperhaft geplant mit Zahlen, die gar nicht mehr realistisch sind“, warf BISS-Vorsitzender Lothar Gotthardt dem Bund als Bahneigentümer vor. „Die Bürger werden weiter mobil machen“, gab Brenner abschließend einen Hinweis an die drei Landtagskandidaten: „Die Politik kann nicht mehr länger an uns vorbei gehen.“

(von Volker Widdrat)